Sabine Braunschweig

Die GGG im 20. Jahrhundert

Die Bedeutung der «Gesellschaft für das Gute
und Gemeinnützige» im
kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Basel

195. Neujahrsblatt für das Jahr 2017
Herausgegeben von der Gesellschaft für das Gute
und Gemeinnützige Basel

Schwabe Verlag Basel

ihre Tagesschule für 25 «motorisch behinderte Kinder der Stadt Basel», die auch etliche Kinder aus Baselland aufnahm, wo keine Institution bestand. Der für die Tagesschule geplante Neubau auf dem Grundstück der CMS in Brüglingen war nämlich noch nicht fertiggestellt. Die GGG war bereit, die Liegenschaft am Claragraben 123 unentgeltlich zu vermieten, wenn die Vereinigung nach dem Auszug des AJZ selbst für die Renovation aufkam. Reparaturarbeiten konnte ihr die Invalidenversicherung teilweise oder gesamthaft zurückerstatten. Nach Beendigung des Mietverhältnisses ginge die Liegenschaft «ohne gegenseitige Entschädigungspflicht» an die GGG zurück.[192]

Diese Lösung kam der GGG sehr entgegen, nun musste Ende März nur noch der Auszug der Jugendlichen erfolgen. Die befürchteten «Vandalenakte» blieben aus. Eine Mieterstreckung wurde nicht gewährt, obwohl noch nicht für alle obdachlosen Jugendlichen eine neue Lösung gefunden worden war. Doch der zuständige Regierungsrat Kurt Jenny meinte gemäss *National-Zeitung*: «Wir lassen sie nicht obdachlos.»[193]

Nach dem Ende des Experiments AJZ wurde die Liegenschaft am Claragraben 123 wie vereinbart zunächst als Tagesschule für cerebral gelähmte Kinder verwendet und danach der Freien Volksschule vermietet. Erst 1989 wurde sie abgebrochen. Ein Jahr zuvor hatte die GGG das Areal am Claragraben 123 im Baurecht an die «Wohnstadt»-Bau- und Verwaltungsgenossenschaft vergeben, die dort ein Wohngebäude errichtete.[194]

GGG Ausländerberatung

In der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit waren Unternehmen zunehmend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.[195] In enger Zusammenarbeit mit der kantonal organisierten Fremdenpolizei und dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) versuchten die Schweizer Behörden, die Migration an die Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen. Man betrachtete die ausländischen Arbeitskräfte als Konjunkturpuffer, deren Aufenthaltsbewilligung man bei einem verlangsamten Wirtschaftswachstum nicht zu erneuern brauchte. Dies geschah dann auch nach dem Einbruch, der durch die Ölkrise 1973 verursacht wurde.

«Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen», brachte es der Schriftsteller Max Frisch 1965 auf den Punkt. Damit sprach er an, dass die Infrastruktur für die zahlreichen eingewanderten Menschen nicht bereitstand: Das Hauptproblem waren die fehlenden Wohnunterkünfte. In der Schweizer Bevölkerung wurden «Überfremdungsängste» wach, die 1961 die Gründung der Nationalen Aktion, einer fremdenfeindlichen politischen Partei, zur Folge hatte.

Die «Fremdarbeiterfrage» wurde auch im GGG-Vorstand ein Thema. Anstösse kamen aus verschiedenen Richtungen. Einerseits befasste sich

eine Studienkommission des Volkswirtschafts- und des Justiz- und Polizeidepartements mit dem «Problem der ausländischen Arbeitskräfte» und Vorschlägen für eine künftige Einwanderungspolitik.[196] Andererseits führte die SGG in Zürich eine Informationstagung über die «seelisch-geistige Betreuung ausländischer Arbeitskräfte» durch. Der initiative Zentralsekretär Dr. Walter Rickenbach gelangte dabei an die Vertreter der Basler Allgemeinen Armenpflege, auch in Basel aktiv zu werden. Die Anregung ging weiter an den Regierungsrat, der den Vorsteher des Kantonalen Arbeitsamtes Dr. Karl Stricker mit der Organisation beauftragte. Dieser lud für den 12. April 1961 zu einer Zusammenkunft von Vertretern staatlicher, kirchlicher und privater Institutionen, darunter auch der GGG, ein. Man beschloss, dass eine Kommission die Gründung einer Beratungsstelle und allenfalls einer daran angeschlossenen Stellenvermittlung planen solle. Die GGG als politisch und konfessionell neutrale Organisation wurde für das Präsidium der Kommission angefragt. Vorsteher Paul Berger übernahm die Aufgabe. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Antrag des Vorstands zu, die neue Kommission als A-Organisation der GGG aufzunehmen.

Die konstituierende Kommissionssitzung fand im Oktober 1961 statt. Vertreten waren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, der Volkswirtschaftsbund sowie das Arbeitsamt und die katholische Kirche. Um die Errichtung einer Beratungsstelle möglichst gut zu koordinieren, klärte der pensionierte Direktor der Allgemeinen Gewerbeschule Dr. Fritz Bossart ab, welche anderen sozialen Institutionen sich in Basel bereits mit der Frage der ausländischen Arbeitskräfte befassten.[197] Er verfasste ein Exposé, das bereits im März 1962 vorlag. Als zentrale Probleme erachtete Bossart die prekären Wohnverhältnisse und die fehlende soziale Betreuung.[198]

Rasch und unbürokratisch stellte die Regierung als erste Anlaufstelle zwei Räume in der Liegenschaft an der St. Albanvorstadt 24 zur Verfügung. Die «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» war von Montag bis Freitag täglich zwei bis drei Stunden und am Samstagnachmittag geöffnet. Als Berater wurde H. U. Maag angestellt, der gute Sprachkenntnisse hatte. Frau F. Hauswirth-Schütt erledigte halbtags die Administration. An der Finanzierung beteiligten sich der Kanton Basel-Stadt, die GGG und die Arbeitgeberschaft.[199]

Weitaus schwieriger zu lösen war das Wohnproblem. Als Notlösung öffnete die Baufirma G. & L. Spaini in Pratteln eine Baracke, die acht Personen Platz bot. Die CMS liess an der Ecke Wettsteinallee / Rheinfelderstrasse ein Auffanglager mit 15 Betten herrichten. Neuankömmlinge konnten hier vorübergehend unterkommen, um eine definitive Unterkunft zu suchen.[200] Allerdings erschwerte der äusserst angespannte Wohnungsmarkt diese Bemühungen.

GGG-Vorsteher Roger Baumann-Zemp betonte im Jahresbericht von 1963, dass es einen «schärferen Kampf gegen die bestehenden Übelstände» benötige, «die unser sozial sein wollendes Land in Misskredit zu bringen drohen». «Von einer richtig betreuten und zufriedenen fremdländischen

Arbeitnehmerschaft profitieren der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, profitiert unser ganzes Gemeinwesen, das seine ungewöhnliche Wohlstandssteigerung der letzten Jahre nicht zuletzt den in der Schweiz tätigen Ausländern verdankt.»[201] Damit sprach er Klartext und wandte sich gegen die aufkommenden Bewegungen, die in der Schweiz die Fremdenfeindlichkeit zu schüren begannen. Die Steuern und die Gebühren, die die ausländischen Arbeitskräfte entrichteten, seien höher, als was die öffentliche Hand für sie ausgebe. Der Staat müsse diese Einnahmen bereitstellen, um die erforderlichen Aufgaben zu finanzieren, forderte Baumann-Zemp. Denn die Weiterführung der Beratungsstelle war noch keineswegs gesichert. Die GGG hatte bei der Regierung um eine jährliche Subvention der Betriebskosten nachgesucht, weil eine Erweiterung dringend angezeigt war, doch die Regierung hatte das Begehren zurückgestellt. Hingegen zeigten sich die Arbeitgeberverbände bei den Verhandlungen mit der Kommission aufgeschlossen.[202]

Um die Wohnungssituation zu verbessern, wurden von privater und staatlicher Seite Massnahmen ergriffen, wie der Vorsteher an der gleichen Stelle schilderte. Auch an der Mitgliederversammlung vom 1. Juli 1964 waren die «Gastarbeiterprobleme» ein virulentes Thema. So drückte ein Mitglied, Pfarrer im Kleinbasel, zwar seine Genugtuung darüber aus, dass sich die GGG intensiv der Betreuung ausländischer Arbeitskräfte annehmen wolle, war aber enttäuscht, «wie wenig durchschlagskräftig die bisherigen Bemühungen der GGG-Kommission gewesen» seien. Er kritisierte «die noch mangelhafte Koordination zwischen den Stellen, welche sich mit den Gastarbeitern befassen»; immerhin begrüsste er, dass die GGG-Bibliotheken planten, «geeignete fremdsprachige Bücher» anzuschaffen, denn «die geistigen Probleme sollten viel durchgreifender in Angriff genommen werden, um fruchtbare Massnahmen zu ihrer Lösung zu treffen». Ein anderes Mitglied wies sarkastisch darauf hin, «wie entgegenkommend die Bevölkerung der deutschsprachigen Schweiz auf sprachlichem Gebiet ist, indem sie stur die Gastarbeiter in Dialekt anspricht, anstatt sich auf Schriftdeutsch mit ihnen zu unterhalten».[203]

Als der Grosse Rat im Mai 1965 «oppositionslos» die Gewährung eines jährlichen Kredits in der Höhe von 60 000 Franken zugunsten der Ausländerbetreuung beschloss, war es endlich möglich, einen «vollamtlichen Leiter» für die Beratungsstelle zu engagieren.[204]

Unter anderen Themen rückte auch die Sprachenfrage ins Blickfeld. Die Beratungsstelle ersuchte die Kommission, «audio-visuelle Deutschkurse für Italiener, Spanier und Jugoslawen» einzurichten. Diese «Lehrmethode mit Tonband und Lichtbildern» würde «sich speziell für Ausländer eignen, die nicht über die nötigen grammatikalischen Kenntnisse in ihrer Muttersprache verfügen, um auf dem gewohnten Schulungswege eine Fremdsprache erlernen zu können».[205] Ob diese Einschätzung des Schulwissens der ausländischen Arbeitskräfte auf Erfahrung oder auf Vorurteilen basierte, muss offen bleiben. Als ein weiteres dringendes Bedürfnis wurde

die Einrichtung von «fremdsprachigen Mütterberatungs- und Säuglingspflegekursen» erachtet.

Die Anregung, zum Thema «Ehen mit Ausländern» eine Beratungsstelle zu eröffnen, wie sie in Zürich bereits «mit gutem Erfolg» geführt werde, beantwortete die GGG-Kommission hingegen abschlägig, obwohl ihr für ein Jahr kostenlos ein Büroraum in der Liegenschaft des Vereins Freundinnen junger Mädchen angeboten wurde. Die GGG verwies die Initiantin an den Frauenverein.[206] Die Thematik wurde dann viele Jahre später ins Beratungsangebot aufgenommen.

Das Hauptproblem blieb vorläufig die Wohnungsnot. 1972 wurde der Beratungsstelle eine Vermittlungsstelle für Wohnungsbeschaffung an Ausländer angegliedert.

Zwischen 1965 und 1990 wurden acht eidgenössische Volksinitiativen mit fremdenfeindlichem Anstrich zur Abstimmung gebracht. Die Schwarzenbach-Initiative wurde 1970 nur knapp verworfen. Die Beratungsstelle konstatierte deswegen eine erhöhte Frequenz und verzeichnete bereits über 3000 Konsultationen.[207]

In diesem Klima entschieden sich viele ausländische, vor allem italienische Familien keineswegs aus freien Stücken, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Verstärkt wurde die Rückwanderung durch den wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er Jahre. Die Schweiz konnte so die zunehmende Erwerbslosigkeit, die sich in den Nachbarländern bemerkbar machte, vorerst exportieren.

Neue Herausforderungen traten in den 1980er Jahren auf, als mehr und mehr Asylsuchende aus bürgerkriegsversehrten Ländern in der Schweiz Zuflucht suchten. Die Beratungsstelle änderte den Namen zu «Ausländerbetreuung der GGG» und erweiterte ihre Angebote und Öffnungszeiten. Seit 1969 befand sie sich an der Eulerstrasse 26 in einer Liegenschaft, die die GGG schliesslich käuflich erwarb. Sie verfügte mittlerweile über acht teilzeitlich angestellte Mitarbeitende, die Gespräche ausser auf Französisch und Englisch auch auf Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Griechisch und Türkisch führen konnten. Sie stand im Austausch mit anderen kantonalen Ausländerberatungsstellen, etwa mit dem Ausländerdienst Baselland, mit dem sie 1984 ein gemeinsames Seminar für Integrationsförderung durchführte mit dem Ziel, das Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern zu erhöhen.[208]

Seit einigen Jahren zeichnete sich ein Paradigmenwechsel in der Haltung gegenüber ausländischen Bevölkerungsgruppen ab. In der Kommission und der Beratungsstelle wurden Fragen geprüft, «wie die Ausländer selbst ihre Anliegen und Bedürfnisse besser zur Sprache bringen könnten».[209] Die Kommission kontaktierte Vertreter verschiedener Ausländergruppen, die sich für die Belange ihrer Landsleute einsetzten, um ihre «Anliegen auch auf kollektiver Ebene» zu erfahren und um «schwelende Probleme» gemeinsam zu lösen. Damit diese Bemühungen Früchte tragen konnten, wurden erstmals Personen mit ausländischen Wurzeln in

[Abb. 33]
[Abb. 34]

[33, 34] 1962 wurde an der St. Alban-Vorstadt 24 die «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» eröffnet.

die Kommission gewählt, in der bisher die Wirtschaft, das Gewerbe, die Kirchen und der Staat vertreten waren. Auch die Namensänderung von «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» zu «Ausländerberatung» verwies auf den erweiterten Tätigkeitsbereich, da längst nicht mehr nur ausländische Arbeitnehmende, sondern auch Hausfrauen, Studierende, Arbeitgeber, Wohnungsvermieterinnen und Behörden die Beratungsstelle aufsuchten. Im Zentrum der Beratungen standen Informationen über behördliche Massnahmen, Hilfe bei Arbeits-, Familien- und Steuerrechtsfragen, Vermittlung bei Konflikten im Zusammenhang mit Miet-, Arbeits-, Kauf- und Abzahlungsverträgen, Dolmetscherdienste vor Gerichten, Übersetzungen von amtlichen Dokumenten und Formularen und vieles mehr. Die Anforderungen an die Beratenden waren und sind hoch: «Menschliche Reife (Lebenserfahrung), Einfühlungsvermögen, Toleranz, diplomatisches Geschick, rasche Auffassungsgabe, sehr gute Kenntnisse in Fremdsprache und der Kultur des entsprechenden Landes, Büroerfahrung, Flair für Zahlen, gute Nerven, Belastbarkeit und v. a. gesunder Menschenverstand».[210]

Die GGG Ausländerberatung gilt als «das Kompetenzzentrum Integration für Basel-Stadt». Die staatlichen Subventionen, die die Beratungsstelle seit Jahrzehnten erhält, waren nicht immer unumstritten. In der letzten Debatte im Grossen Rat vom 10. Dezember 2014 konnte jedoch erneut eine Aufstockung für die Jahre 2015 bis 2017 erreicht werden.[211] Mit der veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage wurden die Aufgaben komplexer. Gewisse Probleme wie die Wohnungsknappheit waren vor fünfzig Jahren zentral und haben heute wieder an Aktualität gewonnen. Sie betreffen Menschen, die vor kriegerischen Auseinandersetzungen und Umweltbedrohungen in die Schweiz flüchten, sehr hart, weil es für sie schwierig ist, bezahlbare Wohnungen mieten zu können. So ist die neueste Namensänderung 2016 nur konsequent: «GGG Migration».[212]

Integrationsfragen werden wie bereits bei der Gründung der Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte kontrovers und heftig diskutiert. Die Vorzeichen haben sich geändert, doch die Grundproblematik der geschürten Angst vor den Fremden, den «Zugewanderten», ist auch im neuen Jahrhundert nicht verschwunden.